

## Verbraucht?

*Demokratische Sozialisten und Sozialdemokraten in der Krise*

Zahlreiche sozialistische und sozialdemokratische Parteien in Europa machen gegenwärtig eine schwierige Phase ihrer Entwicklung durch. Am nachhaltigsten ist die Krise in Frankreich. Nicht nur, daß die Sozialisten bei den Parlamentswahlen im März auf eine selbst für ein Mehrheitswahlsystem ungewöhnlich deutliche Weise zur parlamentarischen Randexistenz verurteilt wurden. Der vorläufig letzte sozialistische Ministerpräsident des Landes, *Pierre Bérégovoy*, nahm sich am 1. Mai das Leben – offenbar auch, weil er sich die dramatische Niederlage seiner Partei selbst zur Last legte.

So extrem die Vorgänge in Frankreich jedoch auch sein mögen – bei ihnen handelt es sich nur um eine besondere Spielart einer über die französischen Sozialisten hinausreichenden Malaise. Der Rücktritt des SPD-Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten seiner Partei, *Björn Engholm*, war beileibe nicht nur eine Spätfolge seiner Kieler Verstrickungen. Selbst nach 10jährigem Thatcherismus und einem Amtsinhaber, der nicht unbedingt fest im Sattel saß, gelang Labour in *Großbritannien* die Rückkehr an die Macht vor Jahresfrist nicht.

Spaniens Ministerpräsident *Felipe González* hat erhebliche Mühe, sich den Wählern ein weiteres Mal als unverbrauchte Kraft darzustellen, was aber nicht heißen muß, daß es nach dem 6. Juni nicht doch zur Regierungsbildung unter seiner Führung reichen könnte. Italiens Ex-Premier *Bettino Craxi* hat mit nicht weniger als Auflösungstendenzen seiner Sozialistischen Partei zu kämpfen. Und in Ost-Europa, wo man sich einen neuen Frühling erhofft hatte, wachsen die Bäume der So-

zialdemokraten und demokratischen Sozialisten erst recht nicht in den Himmel.

Sosehr man sich auch angewöhnt hat, gegenwärtig alles mit dem Ende des Ost-West-Antagonismus in Verbindung zu bringen und zu erklären – die schwierige Lage bei den demokratischen Sozialisten hat weiter zurückliegende Ursachen und deutete sich bereits in der ersten Hälfte der 80er Jahre an. Das visionäre Pathos, mit dem *François Mitterrand* und seine Anhänger ihren Wahlsieg im Frühjahr 1981 regelrecht zelebrierten, war damals bereits obsolet und von einem entideologisierten Pragmatismus à la *Helmut Schmidt* eingeholt worden.

Sieht man einmal von nationalen Besonderheiten und personellen Konstellationen im einzelnen ab, machen die demokratischen Sozialisten alles in allem einen *verbrauchten und ausgelaugten Eindruck*. Eine zentrale Ursache dafür dürfte in den Erosionserscheinungen in den sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Milieus zu suchen sein:

An den Werkstoren von Rheinhausen wurde trotz folgenschwerer Schließungsbeschlüsse in den letzten Wochen kein Kampfeselan entfacht. Der sozialdemokratische Landesvater *Johannes Rau* stand ihnen ebenso hilflos gegenüber wie seine bürgerlich-konservativen Amtskollegen bei ähnlichen Vorgängen andernorts. Die vorzeitige Kündigung von Tarifverträgen durch ostdeutsche Arbeitgeber erwischte die Gewerkschaften an einem für sie schwierigen Zeitpunkt. Während der Sozial- und Wohlfahrtsstaat – obwohl und gerade weil ihn alle nutzen – für viele keine Verheißung mehr bedeutet, sondern die ängstigende Befürchtung beinhaltet, dies alles sei eines Tages nicht mehr bezahlbar.

Die – im Fall der deutschen Sozialdemokraten – anzutreffende Redeweise von der „Schutzmacht der kleinen Leute“ (*Johannes Rau*) kann Umorientierungen in den traditionellen Stammwählerschichten dieser Partei nur unvollkommen verdecken. Angetreten ist man einst vor allem mit der für die Ent-

wicklung der modernen Industriegesellschaft überaus bedeutsamen Kartellbildung der Arbeitenden. Diese Mission scheint erfüllt zu sein, zumindest gelingt es offenbar immer weniger, diese Mission auf die veränderten nach-industriellen Verhältnisse zu übertragen.

In ihren Reaktionen auf die gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen des nach-industriellen Zeitalters – etwa im Bereich Ökologie – unterscheiden sich die demokratischen Sozialisten und Sozialdemokraten zu wenig von denen anderer traditioneller politischer Richtungen. Und dort, wo sie sich unterscheiden – im Fall der SPD etwa im Zusammenhang mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und der neu zu konzipierenden außen- und sicherheitspolitischen Rolle des vereinigten Deutschlands –, sieht es eher so aus, als würden wichtige Klärungsprozesse und Entscheidungen wieder einmal an ihnen vorbeilaufen.

Die Tragik der von den demokratischen Sozialisten vertretenen Werte liegt andererseits darin, daß sie als keineswegs allenthalben respektiert gelten können, weder im nationalen, noch erst recht im internationalen Rahmen. Die Geltung universalistischer Werte wie Solidarität und Gerechtigkeit läßt sich nicht auf diejenigen begrenzen, die Arbeit haben. Erst recht nicht auf die „kleinen Leute“ der eigenen Nation. Das Kartell der kleinen Leute von gestern tut sich heute ebenso schwer wie alle übrigen, der weltweiten Geltung der von ihnen reklamierten Werte Taten folgen zu lassen. nt

## Aufgewacht

*Das ZdK wird vom eigenen Dialogpapier eingeholt*

Der nachrichtlich bedeutsame Teil des Vorgangs ist schnell berichtet: Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) verabschiedete auf seiner jüngsten Frühjahrsvollversammlung Anfang

Mai eine Erklärung, mit der es sich hinter das seit Monaten diskutierte und vielbeachtete Dokument der Kommission 8 des ZdK mit dem Titel „Dialog statt Dialogverweigerung. Wie in der Kirche miteinander umgehen?“ (vgl. HK, November 1992, 497 ff.) stellte.

Die Erklärung resümiert die Geschichte des Dialogpapiers, bündelt dessen Inhalt auf das, was man einen „Identitätskonflikt“ nennt, in dem sich katholische Christinnen und Christen hierzulande befänden: dem „zwischen Mündigkeit und Bevormundung“. „Mit Nachdruck“ spricht man sich für „dialogische innerkirchliche Strukturen“ aus und formuliert in dem Zusammenhang zehn Forderungen: vom Aufbau einer kirchlichen *Verwaltungsgerichtsbarkeit* einschließlich *Schiedsstellen* – eine Forderung bereits der Gemeinsamen Synode der bundesdeutschen Bistümer – über eine subsidiäre Verwaltung der Kirchensteuermittel und die *Beteiligung von mehr Frauen* an Leitungsaufgaben und in Beratungsgremien der Kirche bis hin zur Beteiligung der *Priesterräte*, *Diözesanräte* und *Diözesanpastoralräte* an der Wahrnehmung von Leitungsaufgaben in den Diözesen. Daneben plädiert man für verschiedene, die innerkirchliche Kommunikation und Konfliktlösung verbessernde Maßnahmen. Zur weiteren Auseinandersetzung mit den im Dialogpapier behandelten Themen wird eine gemeinsame *Studententagung* von Deutscher Bischofskonferenz und ZdK angeregt.

Was aber bedeutet dieser Vorgang? Das Dialogpapier ist damit formell immer noch das, was es von Anfang an war, nämlich ein *Kommissionspapier* und kein Dokument des Zentralkomitees der deutschen Katholiken als solchen. In der Erklärung wird es „Diskussionsbeitrag“ genannt. Und auch die Formulierung, daß die Vollversammlung sich „hinter“ den Diskussionsbeitrag der Kommission 8 stelle, ist genügend weit, um daraus keine voreiligen Schlüsse ziehen zu können. Wenn die Zustimmung zu dieser Erklärung gar *einstimmig* ausfiel, muß man dies gleichfalls nicht als eine formelle Be-

jahung jeder einzelnen Formulierung im Dialogpapier lesen. Erst recht braucht niemand – je nach persönlicher Haltung – erhoffen oder befürchten, die deutsche Kirche wäre mit diesem Beschluß über Nacht eine andere geworden – weniger „ungleichzeitig mit dem Selbstbewußtsein heutiger Menschen“, mit weniger *Klerikalismus*, *Patriarchalismus* und *Zentralismus*, wie die drei zentralen Stichwörter aus dem Dialogpapier heißen.

Dennoch unterschätzte man die Bedeutung dieses Vorgangs, wollte man ihn als durch und durch *folgenlos* abtun. Die Tatsache, daß sich das ZdK eine grundlegend ansetzende kritische Analyse der kirchlichen Gesamtsituation weithin *kontroverslos* zu eigen machte, sagt einiges über das Ausmaß an Frustrationen, das sich in den tragenden Schichten des deutschen Laienkatholizismus inzwischen angesammelt hat. Nimmt man obendrein die Debatte über einen Antrag aus Kreisen des Bundes Neudeutschland mit dem erklärten Ziel einer *Aufhebung der Zölibatsverpflichtung* für katholische Priester hinzu, präsentierte sich das ZdK bei dieser Frühjahrsvollversammlung in einer Rolle, in der es sich selbst in der Vergangenheit so nicht sah und in der es auch von außen nicht gesehen wurde. Auffallend wenig war das sonst gern gebrauchte Argument zu hören, für Fragen dieser Art sei doch wohl eher die Bischofskonferenz zuständig.

Vielmehr wurde mehrfach in Debattenbeiträgen darauf hingewiesen, daß auch unter den organisierten Laien die Ansicht an Boden gewinnt, man komme gar nicht umhin, sich auch als Zentralkomitee in diese – oftmals als „binnenkirchlich“ verschriene – Diskussion einzulassen – und zwar schon aus einem für den Verbandskatholizismus selbst bedeutsamen Grund: Wolle man *in Politik und Gesellschaft auf Dauer als Gesprächspartner ernst genommen werden*, setze dies voraus, daß die im Dialogpapier angesprochene Ungleichzeitigkeit von Kirche und moderner zeitgenössischer Kultur endlich als Problem erkannt und angegangen werde.

Geschehe dies nicht, verurteile man damit die eigene Arbeit zur Erfolglosigkeit.

Man konnte also durchaus stellenweise den Eindruck haben, daß das ZdK *aufzuwachen* beginnt, wo es um die Auseinandersetzung mit wichtigen kirchenreformerischen Anliegen geht. Andererseits verriet Umfang und Art der Behandlung des Dialogpapiers doch auch, wie sehr der deutsche Katholizismus bei Fragen dieser Art noch am Anfang steht. Das im Dialogpapier für heutige Menschen als kennzeichnend angenommene Selbstbewußtsein sprach nicht aus allen Diskussionsbeiträgen dieser ZdK-Vollversammlung. Und manches Dialogisieren über den Dialog könnte Gefahr laufen, die eigentliche dramatische Qualität der anstehenden Lage zu vernebeln. Daß nämlich viele Katholiken in den sie bedrängenden Fragen eben gerade *nicht als Bittsteller um ein paar Rechte mehr* aufzutreten gewillt sind.

ZdK-Vizepräsidentin *Marie Luise Blazejewski* formulierte es in ihrem Resümee eines der Vollversammlung vorausgegangenen Treffens von ZdK-Frauen so: Den Frauen gehe es nicht um das Recht auf ein Amt oder um Gleichberechtigung, sondern um die Gestaltung der Kirche auf der Basis *gleicher Würde von Mann und Frau*. Mit anderen Worten: Das Dialogpapier berührt eine Reihe von Fragen, über die nicht mehr eigentlich zu dialogisieren wäre, sondern die es schlicht im kirchlichen Raum zu registrieren und anzuwenden gilt. *nt*

## Dringlich

*Klärungsbedarf bei der Militärseelsorge*

„Die Seelsorge an Soldaten muß unter Bedingungen erfolgen, die sicherstellen, daß sie jederzeit und an allen Orten möglich ist.“ Es dürfe nicht geschehen, so forderte der Bevollmächtigte des Rates der EKD am Sitz der Bundesregierung, *Hartmut Löwe*, bei einer Fachta-